

Beschluss des Landesvorstands am 30. Oktober 2018

So GRÜN war Hessen noch nie – eine Mehrheit für mehr Klimaschutz und Gerechtigkeit, für die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende und die offene und vielfältige Gesellschaft organisieren

1. Die Landtagswahl am Sonntag hat eine deutliche Stärkung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen erbracht. Mit dieser gewachsenen Kraft geht eine große Verantwortung gegenüber dem Land einher, das wir seit fünf Jahren mitgestalten. Ihr wollen wir ebenso gerecht werden wie der Verantwortung gegenüber unserer gewachsenen Wählerschaft. Unsere klare lösungs- und sachorientierte Arbeitsweise sowie unsere klare Haltung gegen die Angstmacher und Populisten sind dafür wesentliche Grundlagen.
2. Unser eigenständiger hessisch-grüner Weg wird fortgesetzt. Es gilt, was wir vor der Wahl gesagt haben: Wir betreiben keine Ausschließeritis, sondern sind mit allen demokratischen Fraktionen gesprächsfähig. Auf die Inhalte kommt es an. Sie sind in unserem am 2. Juni beschlossenen Regierungsprogramm niedergelegt.
3. In den letzten fünf Jahren haben wir gemeinsam mit der CDU erfolgreich regiert und Hessen GRÜNER und gerechter gemacht. Wir folgen der Einladung der CDU als stärkster Partei zu Sondierungsgesprächen daher gerne, um uns darüber auszutauschen, welche möglichen Schnittmengen und Konflikte sich in einer solchen Konstellation abzeichnen.
4. Als zweitstärkste Kraft werden wir außerdem SPD und FDP zu Gesprächen einladen, um uns ebenso ernsthaft darüber auszutauschen, welche möglichen Schnittmengen und Konflikte sich in einer solchen Konstellation abzeichnen. Wir würden es außerordentlich begrüßen, wenn beide unserer Einladung folgen würden.
5. Mit den Sondierungsgesprächen mit den anderen Parteien beauftragen wir unsere Spitzenkandidaten Priska Hinz und Tarek Al-Wazir, für den Landesvorstand Angela Dorn, Kai Klose und Gerda Weigel-Greilich sowie für die Landtagsfraktion Mathias Wagner, Jürgen Frömmrich und eine der beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden.
6. Der Parteirat (Kleiner Parteitag) am Samstag, dem 3. November, wird eingehend über das Wahlergebnis beraten.